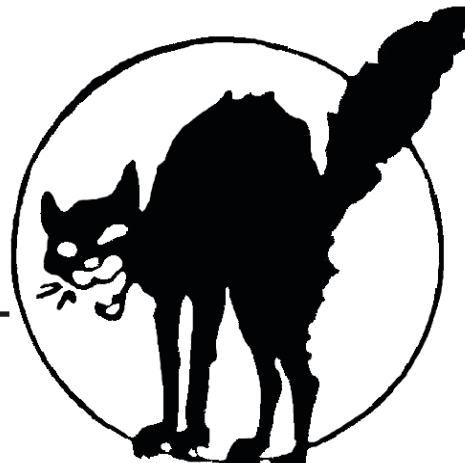


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Syndibasa gegründet!

Neue Allianz der Basisgewerkschaften

Es sind schwierige Zeiten und vor allem auch ungewisse Zeiten. Seit Monaten standen die FAU Bern und andere Basisgewerkschaften in der Schweiz im Kontakt und Austausch, mit der Idee, eine Vernetzung zu erreichen. Nach vielen Gesprächen ist es nun soweit: Syndibasa - Die Allianz der Basisgewerkschaften wurde auf den 1. Mai, dem Tag der Arbeiter*innen, gegründet.



Seit Monaten fanden Gespräche mit den beteiligten Basisgewerkschaften statt. Klar war uns allen, dass Solidarität als Verteidigung gegen die Angriffe auf uns Arbeiter*innen nötig war, wie auch für die Schaffung einer besseren Gesellschaft für alle. Dann kam die Pandemie ausgelöst durch den Coronavirus SARS-CoV2, besser bekannt unter dem Namen der dadurch ausgelösten Krankheit Covid-19. Die gesundheitlichen Folgen sind das eine: Über 200'000 Menschen sind bereits daran gestorben. Einschneidend sind jedoch auch die sozialen Folgen. Es ist absehbar, dass die Pandemie eine wirtschaftliche Krise nach sich ziehen wird. Und bereits im ersten Monat sehen wir, auf wessen Seite die Machthaber*innen

stehen, und dies nicht nur in der Schweiz: Im Zweifelsfall wird Wirtschaft über Menschenleben gestellt. Und mit „Wirtschaft“ ist oftmals gemeint: Profit der Reichen.

Gerade jetzt sehen wir die Notwendigkeit von Basisorganisationen. Die momentane Krise zeigte weltweit nur zugespitzt die Schwächen der jeweiligen Länder auf. Ohnehin schon prekär lebende Menschen, stehen nun vor dem Abgrund. Sans-Papiers retten sich nun von Tag zu Tag; Alleinerziehende, meist Frauen, stehen ohne Betreuung der Kinder da, da die billige Ausrede des Staates, die Betreuung durch die Grosseltern zu bewältigen, durch die Pandemie weg fällt; Menschen in ge-

(weiter auf Seite 2)

Mai/Juni 2020

Nr. 64, 12. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Das Ende der Pandemie? 4

Forderungen der Chef*innen gefährden Menschenleben zwecks Profit.

Mangelhafte Vorbereitung trifft auf Personalnotstand 6

Das Gesundheitspersonal war schon vor der Krise am Anschlag. Die mangelhafte Vorbereitung vonseiten des Staates macht die momentane Krise noch schlimmer.

Wilde Streiks als Selbstverteidigung 8

Anfangs der Krise brachen in Italien und den USA wilde Streiks aus. Dies, da die Gesundheit der Arbeiter*innen und ihrer Angehörigen kaum geschützt wurde.

Wir wollen unsere Rechte - kollektive Regularisierung jetzt! 9

Die Krise traf die massenhaft vorhandenen Sans-Papiers in Italien sehr stark. Diese fordern nun ihre Rechte ein.

Gewerkschaften und Tarifverträge 10

Der letzte Teil behandelt das Verhältnis der IWW zu Tarifverträgen.

Die Räte Guayaquils, Ecuador 1922 4

Teil 2: Gründe für das Scheitern des Arbeiter*innenrats und mangelhafte Quellen.

Rubriken
Rechtliches 16

Editorial

Die Covid-19-Pandemie hatte in den letzten zwei Monaten auch die Schweiz fest im Griff. Es war wohl mehr Glück als Verstand, dass uns nicht das gleiche Schicksal blühte, wie z.B. Italien. Dort waren die Folgen für die Menschen massiv. Tausende starben durch die Krankheit, andere starben durch das zusammenbrechende Gesundheitssystem.

*Nun ist der Tenor in Westeuropa langsam: Zurück zur Normalität. Doch was, wenn die Normalität an sich schon beschissen war? Viele der massiven Probleme in dieser Krise, bestanden schon vorher und wurden jetzt einfach nur schlimmer. Viele Arbeiter*innen wurden von ihren Chef*innen vor den Bus gestossen und ohne Lohn zurückgelassen. Es wurde beschissen, wo es nur ging. Arbeitgeber*innen in der Schweiz, besonders in der Gastronomie, stellten sich auf den Standpunkt, dass bei staatlich angeordneten Betriebsschliessungen eine Lohnfortzahlung nicht nötig sei. Menschen wurden provisorisch entlassen. Solidarität suchte mensch in diesen Zeiten vonseiten der Chef*innen vergebens.*

Die Solidarität kam dafür von unten. Gruppen bildeten sich, um auf die zurückgelassenen geflüchteten Menschen an den Grenzen aufmerksam zu machen, Nachbarschaftshilfen sprossen aus dem Boden, Basisgewerkschaften hatten Hochbetrieb, vernetzten sich und halfen Menschen, welche bei den Systemgewerkschaften aufgrund fehlender Mitgliedschaft aufliefen.

*Wenn auch schon länger geplant, passt die Gründung von Syndibasa sehr gut in diese Zeit. Es ist notwendig, Wissen auszutauschen und Kräfte zu vereinen. Sie steht auch für eine Abkehr von der Sozialpartnerschaft, welche stets nur den egoistischen Chef*innen genützt hat.*

Syndibasa ist ein Zeichen des Aufbruchs. Denn es muss dringend ein Ruck durch diese Gesellschaft. Und statt einem Rechtsruck sollte es einer von unten sein.

**Solidarische Grüsse
eure Fauistas**

Syndibasa

(von Seite 1)

walttätigen Beziehungen, erfahren nun noch mehr Gewalt zuhause, weil sie die momentanen Massnahmen dorthin verbannen; Tausende warten an den Grenzen nach einer schrecklichen Flucht vor dem Elend ihrer alten Heimat und Europa schaut noch stärker weg als sonst schon. Die Liste ginge noch ewig weiter.

Errungenschaften müssen erkämpft werden

Wir sehen gerade auch, dass die Schweizer Arbeitsgesetze ein schlechter Witz sind. Menschen werden entlassen oder bleiben ohne Lohn, da die Chef*innen sich nicht zuständig für das Wohl ihrer Arbeiter*innen fühlen und ihnen keinen Rappen zu viel schenken wollen. Uns Unterdrückten und Prekarisierten wurde noch nie etwas geschenkt, wir mussten immer dafür kämpfen und kämpfen immer noch. Sei dies nun für die Gleichheit aller Geschlechter, aller Menschen jeglicher Herkunft oder eben auch das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Und der Kampf um unsere Zukunft und gegen die profitorientierte Zerstörung unseres Planeten hat gerade erst begonnen.

Alle Errungenschaften wurden daheim, in den Betrieben und auf den Strassen erstritten. Jenen Strassen, deren Zutritt uns der staatliche Gewaltapparat momentan verwehrt, auch wenn die Sicherheit und Gesundheit aller gewährleistet wäre.

Es ist Zeit, dass wir uns für eine würdige Zukunft einsetzen. In diesen schwierigen Zeiten ist die Vernetzung von Basisgewerkschaften durch die Arbeiter*innen für die Arbeiter*innen unerlässlich.

Syndibasa besteht aus:

- **ART-IE (Waadt)**
- **Basis21 (Basel)**
- **FAU Bern**
- **IGA (Basel)**
- **SAP (Wallis)**
- **SUD (Waadt)**

und weiteren Organisationen im Beobachtungsstatus.

Nachfolgend nun die Prinzipien der neuen *Allianz der Basisgewerkschaften, Syndibasa*.

FAU Bern

Prinzipien-Erklärung von Syndibasa - Allianz der Basisgewerkschaften

Präambel

Inmitten der Gesundheitskrise von Covid-19 veröffentlichen wir unsere Prinzipien-Erklärung. Diese Pandemie hat Tausende von Menschenleben gefordert, viele von ihnen ältere Menschen und Rentner*innen. Sie trifft die Klasse der Lohnabhängigen mit besonderer Wucht.

Diese Zeit wird in unserem kollektiven Gedächtnis haften bleiben. Auch wenn wir ihr Ende noch nicht absehen können – trotz all der offiziellen Erklärungen im derzeitigen medialen Belagerungszustand. In diesem Jahr 2020 werden die Täuschungen der privilegierten Minderheiten, der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Eliten aufgedeckt. Alle Erklärungen der neoliberalen Ideologie, die vorgab, Wohlstand, Fortschritt und

Wohlergehen zu sichern, entpuppen sich als ebenso erbärmliche wie spektakuläre Lügen. Die Härte der Zeit wird unseren Kampf nicht aufhalten.

Syndibasa ist die Allianz der Basisgewerkschaften. In ihr wollen sich Basisgewerkschaften und weitere Organisationen, die in der Arbeitswelt aktiv werden, zusammenschliessen, im Rahmen ihrer unterschiedlichen Situationen und Umfelder. Das Ziel ist, neben den klassischen gewerkschaftlichen Kampf- und Verteidigungsaktionen, auch Elemente zu übernehmen, die in der Basis aus den neuen Realitäten geboren wurden, insbesondere aus der Prekarität und der strukturbedingten Arbeitslosigkeit.

Wir wollen zusammenkommen, uns solidarisch zeigen, eine Tradition der ge-

gegenseitigen Hilfe entwickeln, um über eine grössere Schlagkraft zu verfügen. So schaffen wir ein neues Kräftegleichgewicht, das uns ermöglicht, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Tragweite der emanzipatorischen Bewegungen auszuweiten und so zur Umgestaltung der Gesellschaft beizutragen.

Keine Sozialpartnerschaft

Wir stehen im klaren Bruch zu den auf dem Arbeitsfrieden aufbauenden institutionellen Gewerkschaften, welche die Lohnabhängigen daran hindern, sich zu verteidigen, eine eigene Macht aufzubauen, ihre Forderungen durchzusetzen und Fortschritte zu erzielen. Die Gewerkschaften des Arbeitsfriedens geben ihren bürokratischen Apparaten Vorrang vor Aktionen und vor der Organisierung, die von der Basis ausgeht. Dies führt zu einer kritiklosen Akzeptanz der herrschenden Ordnung, mit einer Unterwerfung unter den Kapitalismus und seine Strategien. Das deutlichste Beispiel für dieses Abdriften ist zweifellos die Aushandlung von Gesamtarbeitsverträgen ohne Mobilisierungen und ohne den Aufbau von realen Machtverhältnissen, was zu einer Verschlechterung der für die Arbeitnehmenden ohnehin schon sehr schlechten rechtlichen Rahmenbedingungen geführt hat, was die Erfüllung einer der zentralen Forderungen der Arbeitgebenden bedeutet. Im Gegenzug kommen die unterzeichnenden Gewerkschaftsapparate in den Genuss einer üppigen Finanzierung durch Berufsbeiträge, die von den Arbeitnehmenden abgepresst werden. Den Arbeitnehmenden, die durch dieses Manöver betrogen und deren Interessen verkauft werden.

Von der Basis für die Basis

Wir wollen eine Arbeiter*innenorganisation, die wirklich unabhängig von den Machtzentren ist, die das System, die Institutionen und die politischen Parteien verwalten. Eine Organisation, die für die Unabhängigkeit der Klasse der Lohnarbeitenden und der breiten Masse des Volks einsteht und in diesem Rahmen handelt. Wir wollen unseren Beitrag zur Basisorganisation und zu den Aktionen der

Arbeiter*innen leisten. Dieser Beitrag geschieht auf der Grundlage eines fundamentalen Prinzips: Den Kampf zur Verbesserung unserer Situation, zur Veränderung, zum Voranschreiten in Richtung soziale Emanzipation können wir nicht an andere delegieren.

Wir planen den Aufbau einer Gewerkschaftsbewegung und im weiteren Sinne einer sozialen Arbeitsorganisation als Alternative zu den Praktiken und Strategien der institutionellen Gewerkschaften des Arbeitsfriedens, welche die Aufgaben der Verteidigung und des Schutzes der Arbeitswelt nicht mehr wahrnehmen und auf jedes Projekt der sozialen Umgestaltung verzichtet haben. Wir setzen auf direkte Aktionen der Lohnabhängigen als Organisationsprinzip und zur Entwicklung eines Kräfteverhältnisses und eines Fortschritts, die den Lohnabhängigen zu Gute kommen.



Wir wollen eine föderale Gewerkschaftsbewegung und eine föderale allgemeine Arbeitsorganisation sein, die offen für alle Kollektive und alle Aktivist*innen ist, die unsere Vorgehensweise und unsere Ziele teilen.

In der Mobilisierung, Organisierung und Intervention von den bescheidensten täglichen Aufgaben bis hin zu Kämpfen grösseren Ausmasses wächst die Saat der sozialen Umgestaltung, des Fortschritts in Richtung Emanzipation.

Schritt für Schritt, beginnend mit dem unmittelbarsten Alltagsleben, kämpfen wir gegen das Modell der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, das auf der Vorherrschaft der Finanzwelt, des Profits und der Wettbewerbsfähigkeit beruht. Aber auch gegen die Ausplünderung der Umwelt und die Ungleichheit, die den Frauen und anderen dominierten gesellschaftlichen Kategorien aufgezungen wird.

Unser gesamter Kampf strebt danach, die unmittelbare Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Freiheitsbedingungen mit einer allgemeinen Bewegung der Demokratisierung, Gleichheit und sozialen Wiederaneignung des Reichtums, der sich aus der gemeinsamen Tätigkeit der Menschheit ergibt, zu verbinden.

Klimawandel nicht auf dem Rücken der Arbeiter*innen bekämpfen

Unsere Allianz, *Syndibasa*, ist sich der Bedrohung durch die globale Erwärmung bewusst. Durch unseren Kampf und unsere Überlegungen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die politischen Behörden und der Bundesrat angesichts des Klimawandels den Ausnahmezustand ausrufen. Ein Ausnahmezustand ist der erste Schritt. Ohne ihn kann nichts geändert werden.

Massnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderung dürfen nicht dazu führen, dass die Arbeiter*innen bezahlen müssen. Um zu verhindern, dass die Veränderungen, die in der globalisierten Wirtschaft vorgenommen werden müssen, zu Verarmung und Massenarbeitslosigkeit führen, müssen die politischen Behörden und der Bundesrat die Gewinne der Nationalbank verwenden und eine CO2-Steuer sowie eine neue Steuer zur Umstrukturierung von Industrie, Verkehr und Bauwesen erlassen. Die durch diese steuerlichen Massnahmen eingenommenen Gelder sollten in die von der Umstrukturierung am stärksten betroffenen Aktivitäten umgelenkt werden.

Syndibasa, 1. Mai 2020

Das Ende der Pandemie?

Gerade mal drei Wochen haben sie es ausgehalten: Ausgerechnet die Parteien, die sonst immer Durchhalteparolen verbreiten, wollen die Pandemiemaßnahmen schnellstmöglich lockern. Doch die Pandemie wird uns noch lange begleiten. Und ein Tausch Menschenleben gegen Wirtschaft ist menschenverachtend und funktioniert nicht.

Es müsse Sicherheit für die Wirtschaft geschaffen werden. Die Wirtschaft leide und es könne ja nicht ewig ohne Planungssicherheit fortgefahren werden. Es ist kein Wunder, dass die bürgerlichen Parteien, vor allem SVP und FDP, dies so sehen: Sie nennen sich selbst Wirtschaftsparteien. Doch eine Wirtschaftskrise ist bereits da, sie wird wahrscheinlich noch sehr viel schlimmer werden, wie selbst die grossen bürgerlichen Medien, wie etwa die New York Times berichten¹. Und sehr wahrscheinlich wäre sie auch ohne Corona-Pandemie passiert: Die Lösungswege nach der Subprime-Krise 2008 waren alles andere als nachhaltig und haben neue Blasen gebildet, die seit mehreren Jahren zu platzen drohen².

Börsenkrise war eine Frage der Zeit

Der grosse Börsencrash von Mitte Februar bis Anfang März 2020 ist auch nicht unbedingt direkt auf das Virus zurückzuführen: Ende Januar stiegen die Kurse stark an, Corona-Fälle waren da schon in zehn Ländern auf drei Kontinenten zu verzeichnen, am 30. Januar verkündete die WHO einen globalen Notstand

¹ <https://www.nytimes.com/2020/04/01/business/economy/coronavirus-recession.html>

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/immobilienblase-103.html>;

<https://www.welt.de/finanzen/article181426442/Finanzblase-Experten-warnten-vor-der-naechsten-Finanzkrise.html>

und Mitte Februar waren in China bereits 1200 Tote zu beklagen – beides ohne Effekt auf die Börsenkurse. Aber wie bereits 2008 sind massive Verschuldungen im Finanzsystem zu sehen, weil die Zentralbanken mit frischem Geld versucht haben die Wirtschaft zu stützen³. Finanzexpert*innen warnten denn auch in den Monaten vor dem Crash, dass eine so langes und stetiges Wachstum an der Börse zu einem Crash führen wird – einer sogenannten Kurskorrektur. Und dass die Corona-Pandemie bloss die Schneeflocke war, welche die Lawine ins rutschen gebracht hat⁴. Dazu kam ein schwelender Machtkampf bei den Erdölförderern:



Nach der Finanzkrise 2008 wurden die Kontrollmechanismen kaum verbessert. Seither haben sich neue Blasen durch Spekulation gebildet. Eine neue Krise ist also unausweichlich, die Pandemie wäre daher nur Auslöser statt Ursache einer erneuten Wirtschaftskrise.

Seit die USA ihre ganze Landstriche verseuchende Fracking- und Ölsand-Programme hochgefahren haben, sind die Preise gefallen, dies hat Länder wie Saudi-Arabien und Russland, die auf die Erdöleinnahmen angewiesen sind, in eine schwierige Lage gebracht. Dann kam die Coronakrise in China und die abnehmende Nachfrage führte zu fallenden Ölpreisen. Deswegen brach Anfang März der Machtkampf zwischen Russland und der OPEC (Organisation of the Petrol Exporting Countries) um Saudi-Arabien offen aus. Die Folge war ein Preissturz beim Erdöl, um 24%-34%. Unter anderem weil

³ <https://capital.com/stock-market-crash-2020>

⁴ <https://time.com/5793506/a-stock-market-crash-was-coming-coronavirus-was-just-the-spark/>

die Erdölförderung nicht von einem Tag auf den anderen zurückgefahren werden kann, hat sich die Dynamik Mitte April noch verschärft: Der Erdölpreis fiel zum ersten Mal in der Geschichte ins Minus. Wer also in diesem Moment an der Börse Öl kaufte, bekam Geld dafür.

Wirtschaft oder Menschen?

Mit anderen Worten: Die von den bürgerlichen Parteien und selbsternannten Wirtschaftskapitän*innen gefürchtete Wirtschaftskrise ist schon da und hat nur zum Teil etwas mit der Coronapandemie zu tun. Gut, aber sollte dann nicht trotzdem alles unternommen werden, um die Wirtschaft zu stützen? Das Problem ist, dass gleichzeitig eine weltweite Pandemie herrscht. Und zwar durch eine Krankheit, gegen die es bis jetzt kein Gegenmittel gibt. Und realistisch gesehen wird es noch Monate dauern, bis es ein sicheres Gegenmittel geben wird: Erst muss ein Mittel erforscht werden, das helfen könnte und dann muss getestet werden, ob es sicher ist. Der viel gebrauchte Spruch, dass das Gegenmittel nicht schlimmer als das

Gift sein soll, ergibt denn auch nur hier Sinn. Es erscheint wohl allen logisch, dass nicht ein Mittel eingesetzt werden soll, dessen Nebenwirkungen verheerend sind. Das bedeutet wiederum, dass eine zweite Welle der Krankheit riskiert wird, wenn die Einschränkungen gelöst werden. Diese zweite Welle könnte noch grösser werden als die erste⁵. Und die erste konnte in vielen Ländern nur mit Hängen und Würgen und unter grossen Opfern eingedämmt werden, gerade weil aus Angst vor wirtschaftlichem Schaden nicht von Anfang an harte Massnahmen eingeführt wurden. Dies ist mitunter ein Grund, wieso in vielen Staaten repressi-

ve Massnahmen ergriffen wurden. Dies ist mitunter ein Grund, wieso in vielen Staaten repressi-

⁵ <https://medium.com/@tomaspueyo/coronavirus-the-hammer-and-the-dance-be9337092b56>

ve Massnahmen eingesetzt wurden: Der Anfang der Pandemie wurde von den Politiker*innen schlicht verpennt oder heruntergespielt. In Spanien etwa wurden die Feierlichkeiten zum Frauenkampftag am 8. März nicht abgesagt, Fussballspiele liefen weiter und es ist davon auszugehen, dass sich an diesen Anlässen viele Menschen angesteckt haben.

Zur Ausbreitung des Coronavirus gibt es aus dem Kanton Genf eine alles andere als beruhigende Studie: Das Universitätsspital Genf untersucht während acht Wochen das Blut von mehreren Tausend Genfer*innen. Ein erstes Zwischenergebnis wurde am 23. April vorgestellt: Es wurden bislang 760 Personen getestet, bei denen konnten nur bei 5.5% Antikörper nachgewiesen werden. Der Kanton Genf ist mit dem Tessin und der Waadt einer der am stärksten betroffenen Kantone und beklagt bereits über 200 Tote. Virolog*innen gehen aufgrund der spärlichen Daten davon aus, dass eine Immunität bei 70% der Bevölkerung erreicht werden müsste, um das Virus an der Weiterverbreitung komplett zu hindern. Diese Immunität kann ohne Impfung nur durch Ansteckung erreicht werden.

Im Moment kann jedoch noch niemand mit Sicherheit sagen, ob geheilte Coronapatient*innen überhaupt immun gegen die Krankheit sind und wenn ja, ob diese Immunität auch bei anderen Virenstämmen des neuartigen Coronavirus⁶ greift⁶. Aus China, Japan und Südkorea sind im Gegenteil schon Fälle bekannt, wo Geheilte wieder angesteckt wurden⁷.

Pandemie wird andauern

Mit anderen Worten: Die Pandemie ist alles andere als ausgestanden, es gibt keine Impfung dagegen und es ist nicht sicher, ob die „Herdenimmunität“, auf die viele Ökonom*innen öffentlich gesetzt haben, überhaupt erreicht werden kann. In einer solchen Situation Lockerungen zu verlangen, bedeutet vor allem eine völlige Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben – und eine erstaunlich geringe Weitsicht: Wenn zwischen 3 und 10% der Bevölkerung stirbt⁸, ist auch kein Wirtschaftswachstum zu erwarten.

⁶ <https://www.swissinfo.ch/eng/italian-regions-testing-for-signs-of-coronavirus-immunity-/45672142>

⁷ <https://time.com/5810454/coronavirus-immunity-reinfection/>

Der Handel Gesundheit der Bevölkerung im Tausch gegen Wirtschaftswachstum funktioniert also schlicht nicht und ist verantwortungslos.

In einer Zeit, in der ein Drittel der Arbeitstätigen in Kurzarbeit ist und die Arbeitslosenzahlen empor schnellen, können sich viele die Ferien schlicht nicht leisten, wodurch der Sinn einer Öffnung von Bergbahnen und Hotels fraglich ist. In dieser Hinsicht ist auch der vorgeschlagene Lokierungskurs des Bundesrats ab Ende April



*Schon Mitte Mai soll es für die meisten Betriebe wieder losgehen. Der Bundesrat ist also aufgrund des Drucks der Chef*innen eingeknickt und riskiert eine massive zweite Welle.*

sehr kritisch zu betrachten, denn wenn die Coronamassnahmen wegfallen, werden auch die Stützungsmaßnahmen wegfallen und dann werden die Einkommen sehr wahrscheinlich weiter abstürzen.

Forderungen der Chef*innen gemeingefährlich

Und da kommen wir zum zweiten Aspekt der Forderungen der Bürgerlichen: Ihr Vorschlag ist nicht nur asozial, weil er Menschenleben aufs Spiel setzt. Er ist

⁸ Mortalitätsraten in verschiedenen Ländern in Bezug auf bekannte Fälle. Nach Zahlen von srf.ch / John Hopkins Hospital. Hier sollte noch angemerkt werden, dass die Testregimes in verschiedenen Ländern verschieden gehandhabt werden: In Regionen wie Norditalien in denen das Gesundheitssystem überlastet ist/war, werden zum Teil nur die Schwerekranken getestet, dadurch erhöhen sich die Mortalitätsraten. Die Raten sind also während einer Pandemie nicht verlässlich bestimmbar. Und noch zum Vergleich mit der Grippe: Eine normale Grippewelle hat eine Mortalitätsrate von ungefähr 0.1% - ohne jegliche Schutzmassnahmen. Wir sprechen hier also von einer 30 bis 100-fach höheren Rate.

auch asozial, weil viele der Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht geschützt werden: Temporäre können zwar Kurzarbeitsentschädigung beziehen, aber auch in wenigen Tagen entlassen werden (was auch gemacht wird). Wer auf Abruf und weniger als sechs Monate arbeitet, fällt durch alle Netze: Denn diese Person gilt offiziell nicht als arbeitslos und hat kein Anrecht auf Kurzarbeit. Diese Person müsste also um eine Kündigung bitten...

Dazu kommen andere Gruppen, die von den Bürgerlichen traditionell nicht unterstützt oder gar bekämpft werden: Alleinerziehende, Sans-Papiers und Obdachlose durchleben im Moment sehr harte Zeiten und für sie gibt es keine besonderen Schutzmassnahmen im Gegensatz zu den riesigen Summen, die an teilweise millionenschwere Firmen verteilt werden.

Bezahlen wir Rettungsgelder selbst?

Wie immer in grösseren (Wirtschafts-)krisen geht es nicht um das Überleben der einfachen Menschen, sondern um das der grossen und grössten Steuerzahler*innen und -Hinterzieher*innen, um das Überleben „der Wirtschaft“. Als ob die Wirtschaft unabhängig von den Menschen wäre! Der Schutz der Gesundheit von uns und unseren Nächsten wird uns nicht einfach so gewährt werden. Die Milliardenbeträge, die eingesetzt werden, um Firmen zu retten und Banken zu stützen, werden nicht von den Firmen und Banken zurückbezahlt werden, so wie das nach 2008 auch nicht geschah. *Wir* werden den Kopf hinhalten müssen, wenn wir uns nicht wehren. *Wir* müssen auf uns und unsere Nächsten acht geben. *Wir* müssen fordern, dass die, welche mehr als genug haben, zurückzahlen müssen. *Wir* müssen dafür kämpfen, eine soziale Gesellschaft zu erringen. *Wir* müssen uns unsere Zukunft bauen. „Die Wirtschaft“ und die Mächtigen werden uns nicht dabei helfen.

SMF

Mangelhafte Vorbereitung trifft auf Personalnotstand

Der Virus SARS-CoV-2 ist schon schlimm genug, doch Versäumnisse in der Pandemie-Vorbereitung machten die Lage nur noch schlimmer. Der Ausruf „Flatten the Curve“, also die Ansteckungskurve abzufachen, sollte bewirken, dass die Gesundheitssysteme nicht kollabieren. Genau dies passierte in China, Italien und Spanien. Mit einer besseren Versorgung wären weniger Tote riskiert bzw. weniger drastische Massnahmen notwendig gewesen. Je mehr Zeit vergeht, umso mehr kommt nun zum Vorschein, dass der Bund, Kantone und Spitäler in der Vorbereitung gepatzt haben. Darunter leiden nun die Gesundheitsarbeiter*innen. Diese dienten gerade in den ersten Tagen als Kanonenfutter.

Versäumnisse in der materiellen Vorbereitung

Es ist nicht die erste Pandemie. Oftmals wird der Vergleich mit der spanischen Grippe vor hundert Jahren herangezogen. Diese breitete sich in den angeschlagenen Gesundheitssystemen und Bevölkerungen des 1. Weltkriegs rasant aus. 500 Millionen Menschen erkrankten daran, zwischen 20-50 Millionen Menschen starben daran. Doch so weit muss gar nicht zurückgegangen werden. 2006 war die Vogelgrippe ein grosses Thema, 2009 verbreitete sich die Schweinegrippe.

In einer globalisierten Welt, in welcher Bewegungsfreiheit und -Radius für viele Menschen – es sei denn, es handelt sich um Schutzbedürftige, also geflüchtete Menschen – noch nie gekannte Ausmasse angenommen hat, ist eine Pandemie wahrscheinlicher denn je. Deswegen hatte der Schweizer Staat wie viele andere auch Pandemiepläne erstellt. Diese wurden aber wegen des Spardiktats der Bürgerlichen nie wirklich umgesetzt. Die Spitalbetten wurden von den Kantonen immer mehr reduziert, um Kosten zu sparen. Die vorgeschriebenen Medikamentenlager wurden nie wirklich aufgebaut. Die „Spitäler“, welche durch Militär und Zivilschutz betrieben werden sollten, sind kaum einsatzfähig:

Die Spitäler des Zivilschutzes sind veraltet und es gibt kaum mehr Personal, welches diese bedienen kann, da dieser Dienst abgeschafft wurde. Von ursprünglich neun militärischen Spitälern wurden fünf verkauft, drei sind nicht einsatzbereit. Das einzig übrig gebliebene Spital ist unterirdisch und durch die engen Platzverhältnisse nicht geeignet für eine Pandemie.

Ethanol-Mangel: Lager zwecks Privatisierung verkauft

Was ist in der momentanen Lage eines der wichtigsten Hygiene-Güter? Ganz sicher nicht Toilettenpapier. Es ist (Hände-)Desinfektionsmittel. Dies basiert vor allem auf Alkoholarten, insbesondere Ethanol. Und dies hatte der Staat auch tatsächlich mal für den Fall einer Pandemie gebunkert. Als jedoch 2018 die eidgenössische Alkoholverwaltung EAV privatisiert wur-

Ausrüstung, umso schneller ist das Gesundheitssystem überlastet, umso mehr Tote gibt es, auch solche, welche nicht mit SARS-CoV-2 zusammenhängen. Daher ist das Schlimmste, was einer betroffenen Region passieren kann, die Überlastung des Gesundheitssystems. Und dies ist bei einem ohnehin schon angeschlagenen, da kaputt gesparten und teilprivatisierten Gesundheitssektor schnell erreicht. Dort spielen die mangelnden Betten, Beatmungsgeräte und Medikamente eine Rolle. Doch viele Expert*innen sehen ein weiteres Problem beim Personalmangel. Dieser führt zu mangelnder Pflege und Überlastung des Personals. Gestresste Menschen machen mehr Fehler, und diese können in der Versorgung von Menschen in kritischem Zustand auch zu mehr Toten führen.

Seit Jahren weisen Personal, Gewerkschaften und Personalverbände auf diesen Personal-mangel in der Pflege hin. Geschehen ist leider wenig. So wenig, dass sogar eine Volksinitiative nun dagegen vorgehen soll.

Kaum Anerkennung, miserable Arbeitsbedingungen

Dieser Pflegemangel hängt mit vielen Dingen zusammen, kurz gesagt sind es die äusserst miesen Arbeitszeiten, die

miese Bezahlung und die geringe Wertschätzung des Berufs. Dies veranlasst einen grossen Teil der Arbeiter*innen, dem Beruf den Rücken zu kehren. Dies beschleunigt den Mangel natürlich noch mehr. Es fehlt also nicht nur an neuen Ausgebildeten, es fehlt auch an Arbeitsbedingungen, welche mensch überhaupt langfristig aushalten kann.

In der momentanen Krise wurde der Gesellschaft jedoch nochmals die Bedeutung des Berufs vor Augen geführt. Der Gesundheitsbereich ist gesellschaftlich äusserst relevant, und nicht die Sesselfurzer*innen in der Bankenaufsicht oder ihre besten Freund*innen am Paradeplatz. Doch abgesehen von



de, wurden auch die Ethanolreserven (ca. 8000 Tonnen!) aufgelöst. Laut dem zuständigen Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung BWL wollte man dem nun liberalisierten Markt erst einmal Zeit geben, bevor man diese Reserven wieder fülle. Diese Reserve ging jedoch in den bürokratischen Mühlen des Staates schlicht unter und so steht die Schweiz nun mit einem Mangel an Desinfektionsmittel da.

Lange bekannter Mangel an Personal

Der Aufruf zuhause zu bleiben, um die Infektionskurve flach zu halten, gründet unter anderem auf diesen vorher genannten Versäumnissen. Je schlechter die

Klatschen und ab und an mal ein Lob an einer bundesrätlichen Pressekonferenz scheint sich wenig zum Positiven zu ändern. Ganz im Gegenteil.

Wirtschaft schonen, Spitalpersonal schröpfen?

In ihren Worten steht die Regierung ganz hinter den Arbeiter*innen im Gesundheitsbereich, in ihren Taten sieht das anders aus: Ganz im Sinne von Wirtschaft schonen, Pflege schröpfen, hat der Bundesrat per Verordnung¹ das Arbeitsrecht für Spitäler ausgesetzt. Konkret geht es um die Bestimmungen zu Arbeits- und Ruhezeiten. Es können nun also längere Schichten mit weniger Pausen dazwischen verordnet werden. Die Spitäler müssten theoretisch immer noch schauen, dass es dem Personal physisch und psychisch gut gehe, aber das haben sie ja in der Vergangenheit auch nicht wirklich gemacht. Warum sollten sie es also in Krisenzeiten tun?

Arbeitsrecht schnell und einseitig geopfert

Natürlich ist es in Notsituationen nötig, dass das Spitalpersonal mehr arbeiten muss. Doch anstatt vorsorglich die Infektionswege weiter zu senken und klar unter der Überlastung des Gesundheitssystems zu bleiben, liess der Bundesrat lieber die Wirtschaft weiterlaufen und schaute dann mal, ob die Überlastung kommt oder nicht. Anstatt stets Danke zu sagen und dem Personal klatschen zu lassen, könnte der Bundesrat auch einfach mal Taten zur Unterstützung sprechen lassen und nicht noch die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Jene Verordnung, welche das Arbeitsrecht bezüglich Arbeits- und Ruhezeiten in Spitälern aushebelte erfolgte bereits am 21. März, also schon vier Tage nach der Schliessung von Läden und Gastronomiebetrieben. Äusserst brisant: Dieses Vorgehen wurde zu keinem Zeitpunkt mit den Arbeiter*innen oder ihren Arbeiter*innenverbänden und

Gewerkschaften abgesprochen. Diese hatten schon kurz darauf klargestellt, dass schon in der Zeit vorher das Arbeitsrecht diesbezüglich mit Füssen getreten wurde. Bereits kurz darauf hatten erste Spitäler begonnen, systematisch die Arbeitsbedingungen nochmals massiv zu verschlechtern. Das Signal war daher klar: Wirtschaft über den Gesundheitszustand der Pflege, Profit über Menschen. Und die Interessen der Spitalleitung über jene der Arbeiter*innen.

Regierung war nie auf der Seite der Pflege

Die sofortige Aufgabe von Arbeitsrechten zugunsten der Chef*innen in den Spitälern war nur ein Zeichen. Wie schon im Artikel *Pflege in Not* in der *Schwarzen Chatz* # 62 aufgezeigt, hatte es der Staat lange versäumt, sich um die Pflege zu küm-



*Genau solche Bilder sollten verhindert werden: Übermüdetes Gesundheitspersonal in China. Auch viele dieser Helfer*innen starben.*

mern. Die Privatisierungen der Spitäler und Pflegeheime verschlechterte die Situation nochmals. Denn dadurch wurde ein Anreiz gesetzt, im Gesundheitsbereich zu sparen: Weniger Personal, mehr „Zimmerstunden“, also lange Pausen von mehreren Stunden und vor allem auch weniger Personal in den zusätzlichen Bereichen wie Reinigung, Küche, Hauswirtschaft etc.

Altersheime gefährdet

Die Versäumnisse in der materiellen Vorbereitung auf die Pandemie führte dazu, dass in Altersheimen lange Zeit Masken zum Schutz der Bewohner*innen fehlten. Grundsätzlich ist in Altersheimen das Wissen um Isolations- und Hygienemassnahmen gross, da fast jährlich Wellen von Infektionskrankheiten wie dem weitaus weniger tödlichen Norovirus auftreten. Genau deswegen hat sich die Situation

mit mangelnder Schutzausrüstung noch verschärft: Einige Altersheime hatten gerade Anfangs Jahr wieder Ausbrüche des Norovirus und haben daher ihre Reserven aufgebraucht. Die spärlichen staatlichen Reserven wurden dann jedoch auf Spitäler konzentriert. Dadurch konnte das Personal lange Zeit nur ungenügend die Bewohner*innen und vor allem sich selbst schützen. Die Abflachung der Kurve ist also auch für die Altersheime bedeutend. Wenn das Gesundheitssystem überlastet ist, werden bei einer Triage² kaum Menschen aus Altersheimen bevorzugt. Dem Personal bliebe dann nur noch die Verwaltung der Sterbenden. Und dies mit dem ohnehin schon knapp vor der Überlastung stehenden Personal.

Was folgt?

Die miserable Vorbereitung auf eine Pandemie hat die Arbeiter*innen in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, wie auch die Spitzex in eine beschissene Ausgangslage gebracht. In den letzten Wochen haben die Arbeiter*innen im Gesundheitsbereich nie dagewesene Solidaritätsbekundungen gesehen, doch nur noch weitere Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen erlebt. Solidarität sollte auch heissen, während dieser Krise auf diese Menschen zu achten. Und was viel wichtiger ist: Wenn sich die Lage erst mal entspannt, wird es wichtig sein, dass wir uns immer noch mit ihnen solidarisieren. Nämlich dann, wenn sie endlich auf den Tisch hauen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen verlangen. Zum Wohle der Arbeiter*innen, Patient*innen, Bewohner*innen und uns allen.

Mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen, ein Ende der Profitorientierung im Gesundheitsbereich, mehr Anerkennung, bessere Löhne, mehr Ferien, Basta!

FAT

¹ genauer: die Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19), vom 13. März, siehe <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20200744/index.html>

² Auswahl, wer noch behandelt wird bzw. in ein Spital gebracht wird, und wer nicht.

Wilde Streiks als Selbstverteidigung

Im März kam es nicht nur in Italien zu massiven Streiks, auch in den USA wehrten sich Arbeiter*innen gegen die unhaltbaren Zustände in ihren Betrieben. Viele der Streiks liefen ohne die grossen Gewerkschaften ab, welche erst noch über die Gesundheit ihrer Mitglieder verhandeln wollten.

Lange galt in Italien während der Pandemie: Bleibt Zuhause, ausser ihr müsst arbeiten. Denn ein Verbund aus Staat, Unternehmen und Systemgewerkschaften befand, dass es nicht nötig sei, die Arbeit einzustellen. Dies obschon China vormachte, dass der wirtschaftliche Shutdown eine wichtige Voraussetzung für die Eindämmung ist – besonders bei massiv hohen Infektionszahlen.

Als der Druck der Basis grösser wurde, forderten die Systemgewerkschaften nur „sichere“ Arbeit. Ein Hohn angesichts der engen Arbeitsplätze in Fabriken, Callcentern, Baustellen und Restaurants. Zudem war persönliche Schutzausrüstung schon im Gesundheitsbereich knapp. An eine Ausstattung in der Wirtschaft war daher kaum zu denken. Am 14. März wurde dann ein Sicherheitsprotokoll von allen „Sozialpartnern“ unterzeichnet – natürlich unverbindlich und natürlich nur, da vorher im Norden des Landes Metallarbeiter*innen in wilde Streiks gegen die unhaltbaren Bedingungen getreten waren. An diesem Tag lag die Zahl der Infizierten bereits bei 21'000.

Selbstständige Aktion statt Zuwarten

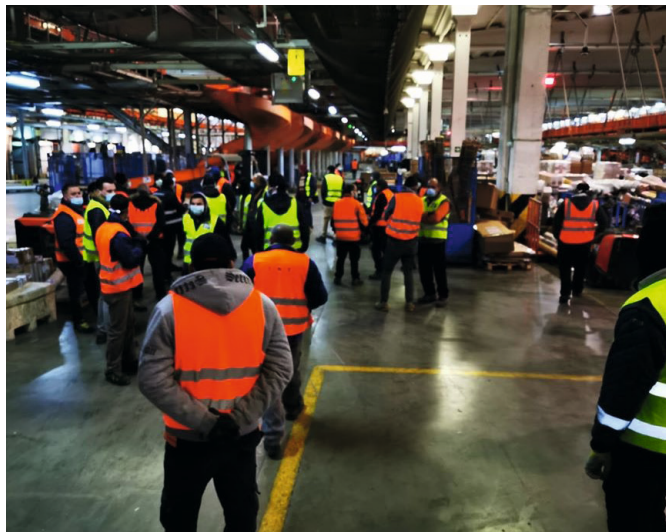
Was nach diesem nutzlosen Sicherheitsprotokoll folgte, war die Gewissheit vieler Arbeiter*innen, dass dem Staat, den Unternehmen und den Systemgewerkschaften wenig bis gar nichts an der Gesundheit der Arbeiter*innen und ihren Angehörigen gelegen war. Eine Form von Ausgangssperren war schon in Kraft getreten, aber schufteten sollte mensch trotzdem noch? Es dauerte nicht lange, bis

immer mehr Belegschaften in den Streik traten und die sofortige Schliessung aller nicht überlebensnotwendigen Betriebe forderten. Schlussendlich reichte der Druck von unten, so dass am 21. März die italienische Regierung die halbherzige Einstellung grosser Wirtschaftsteile anordnete. Flächendeckende Streiks am 25. März liessen der Regierung wenig übrig, als die vielen übrigen Betriebe grossflächig zu schliessen.

Danach versuchten die Unternehmen jedoch wieder, die Produktion vollständig hochzufahren. Besonders die Basisgewerkschaften wie die *Unione Sindacale de Base USB* oder die *SI.Cobas* kämpften dagegen.

Die Regierung der USA bleibt im besten Fall untätig

Auch in den USA kam es zu wilden Streiks, vermehrt seit Anfang März. Dies darf nicht weiter überraschen, denn



*Am 24. März traten in Italien mehrere Belegschaften in den Streik. Wie hier die Arbeiter*innen bei TNT Piacenza.*

das Vertrauen in das Weisse Haus unter Donald Trump ist so gespalten wie nie. Trump hatte den Virus zu Beginn als schlechten Scherz abgetan. Auch hier lautete die Devise: Die Wirtschaft am Laufen halten. Die stramm rechte und unternehmer*innenfreundliche Regierung tat Empfehlungen der Gesundheitsbehörde als übertrieben ab und liess das Land auf einen totalen Kollaps der Gesundheitseinrichtungen zusteuern. Epizentren wie New York kämpfen nun mit einer unglaublichen Zahl von Patient*innen und Toten.

Gesundheitsversorgung als Klassenkampf

Thema der wilden Streiks war neben dem äusserst mangelhaften Schutz der Arbeiter*innen auch die Gesundheitsversorgung, welche an sich schon eine Klassenkampf-Ansage von oben ist: In den USA laufen die Krankenkassen entweder über die Arbeitgeber*innen oder über Privatversicherungen mit horrenden Prämien und Franchisen. Ein Job-Verlust bedeutet also auch den Verlust der Krankenkasse. Ausgerechnet in der momentanen Pandemie verlieren Arbeiter*innen also ihre Jobs und somit ihre Gesundheitsversorgung. Deswegen kursiert nun auch der Ausspruch: Die Arbeiter*innen an der Front sind keine Held*innen, sondern Gefangene/Geiseln.

Trotz dieser massiven Abhängigkeit von einem Arbeitsplatz traten auch in den USA mehrere Belegschaften in den Streik: Gefordert wurde die Schliessung aller nicht notwendigen Betriebe bei Lohnfortzahlung, bezahlte Krankentage (!), Einhaltung von Richtlinien und Bereitstellung von Schutzmaterial. Viele der wilden Streiks brachen aus, da Geschäftsleitungen Fälle von Ansteckungen innerhalb der Firmen verschwiegen hatten. Besonders Amazon war von Streiks betroffen, und dies weltweit.

Ein Mittel des Selbstschutzes

Auch ausserhalb Italiens und den USA kommt es vermehrt zu Basis-Aktionen. Denn weltweit zeigt sich momentan, dass den Staaten

die „Sorgen“ der Unternehmer*innen und Aktionär*innen wichtiger ist, als die Gesundheit der Arbeiter*innen. Da viele der grossen Gewerkschaften noch nicht gemerkt haben, dass ihre (schwindenden) Mitglieder gerade härtestem Klassenkampf ausgesetzt sind, beginnen weltweit Arbeiter*innen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Diese Streiks sind eine Verteidigung der Arbeiter*innen durch die Arbeiter*innen selbst. Es ist eine Form von Solidarität, welche in diesen Zeiten bitter nötig ist.

FENG

Wir wollen unsere Rechte - kollektive Regularisierung jetzt!

Ob als Land- oder Care-Arbeiter*in – Migrant*innen und Geflüchtete ohne Papiere und Arbeitsschutz sind in Italien mitunter am härtesten von der Corona-Krise betroffen. Über das Ausmass der Betroffenheit migrantischer Arbeiter*innen und Forderungen nach kollektiver Regularisierung.

Während sich die Gesundheitskrise aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus immer mehr in eine tiefe soziale Krise verwandelt, wird uns klar, dass – sobald diese Notlage vorbei ist – viele Dinge nicht mehr so funktionieren können wie bisher.

Der Abbau des Gesundheitssystems – vorangetrieben durch die in den letzten zwei Jahrzehnten durchgeboxten Spar- und Privatisierungsmassnahmen – hat dazu geführt, dass die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen heute ohne Spenden von Privatpersonen und ohne den freiwilligen Einsatz von Tausenden von Gesundheitsarbeiter*innen nicht funktionieren und die Notlage, in der wir uns befinden, nicht bewältigen könnten.

Aufgrund des Angriffs auf die Rechte und die Gesundheit der Arbeiter*innen und aufgrund des Primats der Unternehmen, unter allen Umständen produzieren zu müssen, sind es die Arbeiter*innen, die den Preis dieser Krise bezahlen – und das ist nicht selten ihr Leben. In dieser Notsituation hat der Mangel an individuellen Schutzdispositiven (*dispositivi di protezione individuale*) und Sicherheitsmassnahmen die Ausbreitung des Virus an den Arbeitsplätzen beschleunigt und zu Toten geführt (Briefträger*innen, Ärzt*innen, Mitarbeitende des öffentlichen Verkehrs, Supermarktkassierer*innen, Logistikarbeitende, Arbeiter*innen in Call Centern) – Tote, die zu den mehr als 1.200 Arbeitstoten hinzukommen, die Italien jedes Jahr auch in Zeiten der „Normalität“ zählt.

Dass nichts so sein kann, wie es bisher war, zeigen auch die Hunderttausenden von Migrant*innen und Geflüchteten, deren Rechte in den letzten Jahrzehnten zu Krümeln reduziert wurden; die Migrati-

onspolitik hat Bürger*innen zweiter und gar dritter Klasse hervorgebracht. Die offiziellen Daten¹ sprechen eine klare Sprache: In Italien leben heute schätzungsweise 611.000 Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung; eine Zahl, die seit der Einführung der Sicherheitsverordnungen des ehemaligen Innenministers und Lega-Chefs Matteo Salvini stark gestiegen ist. Heute treten diese Probleme mehr denn je an die Oberfläche, es ist Zeit zu handeln.



Menschen ohne Papiere werden oft in der Landwirtschaft ausgenutzt. Die Pandemie hat ihre ohnehin schon prekäre Existenz nun noch weiter verschlechtert.

Die Lebensmittelversorgung: Ohne migrantische Arbeiter*innen wird nicht gegessen

Nach Angaben der Zeitung des Unternehmensverbandes *Confindustria*, *Il Sole 24 Ore*, erleben die Supermärkte derzeit einen Anstieg der Inlandsnachfrage von 20 Prozent, wobei auch die Nachfrage aus dem Ausland im selben Ausmass zunimmt. Doch während die grossen Einzelhandelsunternehmen inmitten der gesundheitlichen Notlage und der ökonomischen Krise ihre Gewinne steigern, zahlen die rund 350.000 Landarbeiter*innen den Preis dafür; nach Angaben von *Ärzt*innen für Menschenrechte* arbeitet weniger als die Hälfte der Landarbeiter*innen mit einem regulären Arbeitsvertrag.

Die migrantischen Landarbeiter*innen – die sogenannten *braccianti* – lebten und arbeiteten schon vor der aktuellen Corona-Krise unter prekären Verhält-

¹ siehe dazu auf italienisch: <https://www.ispionline.it/it/publicazione/migrazioni-italia-tutti-i-numeri-24893>

nissen. Ihre Lage ist determiniert von einer Gesetzgebung, die den arbeitenden Migrant*innen keinen automatischen Zugang zur Aufenthaltsbewilligung und somit zu den nationalen Sozial- und Gesundheitsdiensten gewährt. Ihre papierlose Existenz hat sich nun jedoch aus mindestens zwei Gründen weiter prekariert:

1. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit verunmöglicht es ihnen, in die Regionen Italiens zu reisen, in denen die frühjährliche Obst- und Gemüseernte beginnt (in Apulien für Tomaten, im Piemont für Äpfel usw.);
2. In den verschiedenen Zeltlagern entlang der Felder (Arbeitsorte) herrschen Unterbringungsbedingungen, die es ihnen nicht erlauben, sich vor einer Covid-Ansteckung zu schützen: Kein fließendes Wasser, infrastrukturelle Unmöglichkeit, sichere Abstände einzuhalten, und so weiter.

Care-Arbeiter*innen: Von einem Tag auf den anderen arbeits- und obdachlos

Ähnliche Probleme haben die Care-Arbeiter*innen, die sich täglich um die Hausarbeiten und um die älteren Menschen unserer Gesellschaft kümmern. Die Alterung der Gesellschaft und die Entscheidung des Staates, die Last der Pflege, die die älteren Menschen benötigen, nach dem Diktat der liberalen Ideologie auf die Familien und nicht auf den öffentlichen Wohlfahrtsstaat zu verlagern, haben zur Bildung einer Armee von Care-Arbeiter*innen geführt: Nach den jüngsten Daten gibt es etwa rund zwei Millionen Care-Arbeiter*innen, von denen weniger als die Hälfte (etwa 865.000) einen regulären Arbeitsvertrag besitzen und die grosse Mehrheit Frauen aus Osteuropa sind.

Die Blockade des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und die Angst vor der Verbreitung des Virus unter den älteren Men-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Regularisierung

(von Seite 9)

schen hat zur sofortigen Entlassung der Care-Arbeiter*innen geführt. Während die letzte Verordnung der Regierung einen sozialen Mindestschutz für einige reguläre Care-Arbeiter*innen vorsieht, wurden irreguläre Arbeiter*innen nicht nur von der Massnahme ausgeschlossen, sie verloren auch von einem Tag auf den anderen Job und Unterkunftsmöglichkeiten.

Eine globalisierte Wirtschaft: Die Bedeutung der finanziellen Unterstützung im Heimatland

Die Auswirkungen dieser sozialen Krise beschränken sich nicht nur auf das tägliche Leben der Arbeiter*innen in Italien, sondern betreffen auch die Herkunftsländer der Migrant*innen. Nach Angaben der italienischen Nationalbank *Banca d'Italia* belaufen sich die Geldüberweisungen der in Italien lebenden Migrant*innen an ihre Familien im Heimatland auf über sechs Milliarden Euro jährlich; in einigen Fällen können diese Beträge bis zu 35 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts der Länder ausmachen. Es ist kein Zufall, dass die ersten Zielländer dieser Überweisungen die Herkunftsländer derjenigen Migrant*innen sind, die Obst und Gemüse auf den Feldern sammeln und sich um die Hausarbeit und um die älteren Menschen kümmern: China, Bangladesch, Rumänien, Philippinen, Pakistan, Senegal, Marokko, Sri Lanka.

Die Schwierigkeiten, die die Wirtschaften und Familien in den Ländern des Südens bereits heute haben, werden sich somit verschärfen. Die Verlangsamung und sogar die völlige Schliessung ganzer Wirtschaftszweige, in denen Migrant*innen einen wichtigen Teil der Arbeitskräfte ausmachen, wird direkte Auswirkungen auf die andere Seite der Welt haben. Dies beweist uns einerseits die unvermeidliche Vernetzung der glo-

balisierten Wirtschaft, führt jedoch andererseits auch zu mehr Hunger und Armut im globalen Süden.

Leben in den Asylcamps und Rückführungen

Ebenso problematisch ist die gesundheitliche und soziale Situation der offiziellen Asylsuchenden. Heute befinden sich etwa 95.000 Geflüchtete in den Asylcamps und 50.000 warten auf den Asylentscheid. Die kollektiven Unterbringungsbedingungen in den Asylcamps entsprechen in den meisten Fällen nicht den Vorgaben der Regierung, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen: Kollektive Schlafräume von



Solche Zeltstädte sind die Realität vieler Sans-Papiers in Italien. Dort können die Hygienemassnahmen kaum umgesetzt werden. Zudem haben viele keinen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen.

bis zu zehn Personen, infrastrukturelle Unmöglichkeit, positiv getestete Personen zu isolieren, unzureichende Wasser- und Sanitäreinrichtungen.

Und obwohl die Europäische Union den freien Personenverkehr mit der Schliessung der jeweiligen Landesgrenzen vorübergehend ausgesetzt hat, bleibt das System der Rückführungen in die Länder des Südens vorerst unberührt. Unter der aktuellen Regierung von Premierminister Giuseppe Conte werden monatlich 600 Rückführungen durchgeführt. Die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatovic, warnte die Mitgliedstaaten, Rückführungen zu stoppen und für die betroffenen Migrant*innen wegen des fehlenden Gesundheitsschutzes in den Abschiebungscamps eine Lösung zu finden. Bisher hat sich die italienische Regierung jedoch nicht um diese Problematik gekümmert.

Kollektive Regularisierung jetzt!

Die gesundheitliche und soziale Notlage, in der wir heute leben, erfordert wichtige politische Massnahmen für Migrant*innen und Geflüchtete. Bisher wurden sie ihrem eigenen Schicksal überlassen. Hierbei geht es nicht ausschliesslich um die Sicherung der Grundrechte jedes einzelnen Menschen, sondern auch um den Schutz der kollektiven Gesundheit. Deshalb fordern wir von der Politik:

1. Die kollektive Regularisierung aller Migrant*innen und Geflüchteten, die heute ohne Aufenthaltsbewilligung auf italienischem Territorium leben und arbeiten; diese soll durch ein vereinfachtes und ausserordentliches Verfahren zur Erteilung der Aufenthaltspapiere auf kommunaler Ebene erfolgen;
2. Ausserordentliche sozialstaatliche Geldleistungen für alle migrantischen Arbeiter*innen (unabhängig vom rechtlichen Status), die aufgrund des Covid-19-Notstands ihre Arbeit verloren haben;
3. Die Gewährleistung des Rechts auf Gesundheit (freier Zugang zu ärztlichen Untersuchungen, Covid-Tests und medizinischer Behandlung) und Schutzmassnahmen für migrantische Arbeiter*innen

und Geflüchtete, die bei der Arbeit und in den Asylcamps am stärksten der Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind;

4. Die Gewährleistung des Rechts auf Wohnung durch die Bereitstellung von Unterkünften, die aufgrund des Rückgangs des Tourismus leer stehen, von staatseigenem Eigentum und von leeren Häusern für Obdachlose und Migrant*innen, die bisher dazu verdammt waren, in überfüllten Zeltlagern und Asylcamps zu leben.

Die Regularisierung aller Migrant*innen und Geflüchteten ist die einzige Möglichkeit, heute die kollektive Gesundheit und morgen die Grundrechte aller Menschen zu garantieren.

Potere al popolo

Übersetzung: Re:volt Redaktion

zuerst erschienen auf: <https://revoltmag.org>

Gewerkschaften und Tarifverträge

Teil 6: Das Tarifvertragswesen und die Industrial Workers of the World IWW

Das Tarifvertragswesen¹ entwickelte sich nach und nach, wobei verschiedene Elemente zu unterschiedlichen Zeiten hinzugefügt wurden. Was wir heute unter einem gewöhnlichen Tarifvertrag verstehen, war eigentlich nur in einem Zeitraum von rund 40 Jahren (1940-1980) alltäglich. Die vorherige Phase des Experimentierens mit verschiedenen Vertragsformen (1880-1940) hielt länger an. Die spätere Periode (1980-heute) mit kleinen, schwachen Gewerkschaften und sehr wenigen Streiks dauert nun schon fast so lange wie die Blütezeit der Tarifverträge. Der genaue Startpunkt, an dem die Arbeiter*innenbewegung begann, Tarifverträge einzugehen, hängt davon ab, wie man Tarifverträge definiert. Es gibt keinen konkreten Punkt, an dem die Gewerkschaften von keinen Verträgen zu Verträgen übergangen und selbst Vereinbarungen, die eindeutig als Tarifverträge zählen, nahmen zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Formen an. Eine Möglichkeit, sich diesem Thema zu nähern, ist die Definition der frühen *Industrial Workers of the World* IWW von Tarifverträgen zu betrachten, um dann den Punkt in der Geschichte zu finden, an dem erstmals eine Vereinbarung unterzeichnet wurde, die dieser Vorstellung entspricht.

Historiker*innen schreiben für gewöhnlich, dass sich die frühe IWW weigerte, Verträge zu unterzeichnen und die IWW dieser Zeit veröffentlichte regelmässig Broschüren und öffentliche Verlautbarungen, in denen sie Verträge ablehnte. In einer 1913 von Joseph Ettor, Mitglied des *General Executive Board* der IWW, verfassten und von der IWW herausgegebenen Broschüre² heisst es:

„Industrial Unionists³ verschmähen es, die Geschichte und Ideale der arbeitenden Klasse durch das Eingehen von Verträgen

¹ In der Schweiz werden Tarifverträge oft als Gesamtarbeitsverträge, kurz GAV bezeichnet.

² siehe <http://www.workerseducation.org/crutch/pamphlets/ettor.html>

³ Industrial Unionism ist die Spielart des Syndikalismus, der sich mit der IWW vor allem im angelsächsischen Raum manifestiert hat.

*mit Unternehmern mit Füßen zu treten ... Tarifverträge und Vereinbarungen neigen dazu, den Arbeiter*innen ein falsches Gefühl von Sicherheit zu vermitteln“.*

In der Broschüre *The IWW – its History, Structure, and Methods* schrieb Vincent St. John (der stellvertretende Kassensekretär): „Kein Teil der Organisation darf zeitlich begrenzte Verträge mit Arbeitgebern eingehen.“ In ihren alten Jahren erinnerte sich Elizabeth Gurley Flynn⁴, dass die IWW:



Die Basisgewerkschaft Industrial Workers of the World, kurz IWW, wurde 1905 in Chicago gegründet. Im Moment gründen und festigen sich auch neue Ableger in Europa, vor allem im deutschsprachigen Gebiet.

„nicht an das Abschliessen irgendwelcher Verträge glaubte. Sie glaubten, dass Du, solange Du organisiert bist, die Unternehmer zwingen kannst alles umzusetzen, was sie dir versprochen haben. Aber ein Tarifvertrag, ein Stück Papier, hält dich zurück und deswegen haben sie keine Tarifverträge abgeschlossen.“

Bill Haywood sagte dem Kongress⁵:

⁴ http://www.edchange.org/multicultural/speeches/elizabeth_flynn_memories.html

⁵ <https://www.iww.org/PDF/history/library/Haywood/haywood%20testimony%20industrial%20relations%20commn.pdf>

„Wir sagen, dass keine Gewerkschaft das Recht hat, eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern abzuschliessen, weil sie Mitglieder der Arbeiterklasse sind; und schliesslich sagen wir, dass die Arbeiterklasse kein Recht hat, Abkommen abzuschliessen, da es die ureigene Mission dieser Klasse ist, den Kapitalismus zu stürzen und dessen Platz einzunehmen“.

Abmachungen, aber keine Tarifverträge

Aber die frühe IWW hat trotz dieser Rhetorik tatsächlich Vereinbarungen mit Arbeitgeber*innen abgeschlossen. In der Küstengegend von Philadelphia traf die IWW verschiedene mündliche Vereinbarungen mit Arbeitgeber*innen, um grosse Streiks zu beenden, im Gegenzug gegen eine Reihe von Zugeständnissen. Darunter einen *closed shop* und Mitspracherecht bei der Einstellung und Entlassung von Arbeiter*innen. Im Textilstreik in Lawrence von 1912 erstellte sie eine *list of grievances*, ähnlich der *bill of prices*, die Gewerkschafter*innen Mitte des 19. Jahrhunderts benutzten, verhandelte mit dem Management und stimmte einer Einstellung des Streiks zu, nachdem das Management den meisten ihrer Forderungen nachgegeben hatte. Wenn wir die Satzung der frühen IWW betrachten, finden wir kein explizites Verbot von Verträgen. Was sie besagte⁶, war:

„Jede, als Lösung eines Konfliktes geschlossene Vereinbarung zwischen Mitgliedern einer Gewerkschaft oder ähnlichen Organisation und ihren Arbeitgebern ist als ungültig und nicht bindend zu betrachten, bis diese die Zustimmung des General Executive Board der IWW erhalten hat.

Keine Untergliederung der IWW darf einen Vertrag mit einer natürlichen oder juristischen Person eingehen, welcher die Mitglieder zu einer der folgenden Bedingungen verpflichtet:

Keine Untergliederung der IWW darf einen Vertrag mit einer natürlichen oder juristischen Person eingehen, welcher die Mitglieder zu einer der folgenden Bedingungen verpflichtet:

⁶ Das Original findet sich hier : <http://www.workerseducation.org/crutch/constitution/1916const.html>

(Fortsetzung auf Seite 12)

(a) Jegliche Vereinbarung, bei der eine bestimmte Zeitspanne für die Aufrechterhaltung der besagten Vereinbarung angegeben ist.

(b) Jegliche Vereinbarung, bei der die Mitglieder verpflichtet sind, wenn sie Forderungen bezüglich Arbeitszeiten, Löhnen oder Arbeitsbedingungen stellen, dies vorher anzukündigen.

(c) Jegliche Vereinbarung in der festgelegt wird, dass die Mitglieder nur für Arbeitgeber arbeiten dürfen, die einer Arbeitgebervereinigung angehören.

(d) Jegliche Vereinbarung, die vorsieht, den Verkaufspreis der produzierten Güter zu regeln.

(e) Keine Untergliederung der IWW darf eine Vereinbarung mit einer Arbeiterorganisation eingehen“.

Dieser Abschnitt wurde in den späten 1930ern entfernt. Nur die Notwendigkeit der Zustimmung durch das *General Executive Board* wurde erst in den 1940ern entfernt. Die Geschichtsschreibung über die IWW nennt diese Entfernung oft als erste Unterzeichnung eines Vertrages durch die IWW. Es scheint, dass Bill Haywood und andere, welche behaupteten, die IWW würde keine Tarifverträge unterzeichnen, mit Verträgen solche meinten, die diese Konditionen verletzen, nicht jegliche Vereinbarung im weitesten Sinne.

Die Schiedsvereinbarungen der *Knights of Labor* wären Verträge in diesem Sinne gewesen, da sie Klausel (b) durch das dauerhafte Verbot von Streiks verletzten, auch wenn sie nicht Klausel (a) verletzten. Die

Tarifvereinbarungen der *AFL* verletzten sowohl (a) als auch (b) und in manchen Fällen auch andere Klauseln. Die Verträge der *UMWA* verletzten zusätzlich noch Klausel (d) durch die Erschaffung eines Kohlekartells; diese Verträge könnten möglicherweise der Grund für die Aufnahme dieser Klausel sein. Wenn die reine Verschriftlichung als Tarifvertrag gilt, dann wären die frühen schriftlichen Lohnforderungen mancher Gewerkschaften von vor dem Bürgerkrieg die ersten solcher Verträge. Es waren jedoch nicht solche Verträge, die die IWW ablehnte, da sie keine der obigen Bestimmungen verletzten und weil die frühe IWW selbst ähnliche Dokumente veröffentlichte. Folglich wurden die ersten Verträge, welche so verfasst waren, dass die frühe IWW sie ablehnte, von den *Knights of Labor* entwickelt, um Streiks zu verhindern.

Tarifverträge als Kontrollmittel

Im Laufe des 20. Jahrhunderts führten Arbeitgeber*innen und/oder der Staat in den meisten Ländern Massnahmen durch, die der Kooptation der Gewerkschaften dienten und ältere, gewalttätigere Strategien der Unterdrückung von Gewerkschaften wurden nicht mehr angewendet. Sie nutzten die kooptierten Gewerkschaften, um die Kontrolle über die Arbeitskräfte zu behalten und versuchten, radikalere Gewerkschaften, die sich weigerten, in diesem Prozess mitzuwirken, zu verdrängen. In manchen Ländern geschah dies durch Betriebsräte⁷ oder staatliche Subventionen für Gewerkschaften, aber in den USA geschah dies mithilfe des Tarifvertragswesens, da

dies die Form war, welche von moderaten Gewerkschaften erfunden und bevorzugt wurde. Der Prozess der Kooptation der Gewerkschaften war kein einseitiger; die Arbeitgeber*innen mussten signifikante Zugeständnisse an die Führung der moderaten Gewerkschaften machen, um diese zur Kooperation zu bewegen. Diese Zugeständnisse wirkten sich auf die Struktur der Arbeitsbeziehungen aus. Seit dem Aufkommen des Neoliberalismus vor 40 Jahren haben die Unternehmer*innen diese Strategie im Grossteil der Welt wieder aufgegeben und alternative Methoden zur Disziplinierung ihrer Arbeitskräfte ergriffen. Der Mangel an Arbeiter*innenunruhen machte die Zusammenarbeit mit moderaten Gewerkschaften nicht länger zur attraktiven Option für den Grossteil der kapitalistischen Klasse. Die Ursprünge der Tarifverträge in der Verhinderung von Streiks und die umfangreiche Geschichte von der Nutzung dieser Verträge zur Kontrolle der Arbeiter*innen durch die Unternehmer*innen sollten diejenigen von uns, welche Arbeiter*innenunruhen wiederbeleben wollen, vorsichtig machen gegenüber der Wiederbelebung von Verträgen – oder sie sollten sie ganz ablehnen.

Robin J. Cartwright

Aus dem Englischen von Sascha Rofka

Der ganze Text findet sich auch hier:
<https://direkteaktion.org/wann-und-wa- rum-begannen-gewerkschaften-mit-dem- unterzeichnen-von-tarifvertraegen/>

⁷ Hier findet sich zum Beispiel eine begründete Ablehnung von Betriebsräten durch die CNT-AIT Frankreich: <https://libcom.org/library/why-do-anarcho-syndicalists-oppose-professional-elections>

Kurzer und kritischer Rückblick auf die Ereignisse des Novembers 1922 in Ecuador

Teil 2

Im November 1922 kam es zu mehreren Erhebungen in Ecuador. Besonders um die Hafenstadt Guayaquil kam es zu einer Massenbewegung der Arbeiter*innen und auch zu Arbeiter*innenräten. Doch schon nach wenigen Tagen des Generalstreiks kam es zur Niederschlagung. Dieser Text versucht, sich kritisch mit dem Scheitern dieser Bewegung auseinanderzusetzen und gleichzeitig die Ereignisse aus der

Vergessenheit zu holen. Teil 2 behandelt Ursachen für das Scheitern wie auch die mangelhafte Aufarbeitung.

Mangelnde Radikalität

7. Weitere Schwächen der Bewegung waren: Der Ökonomismus und der Apolitismus der anarchosyndikalistischen Führung, was zunächst zur Aufgabe der Lohnforderungen führte und später

- noch schlimmer - zu Geldwechsel und Steuerforderungen, zur Unterwanderung und Manipulation des Arbeiter*innenrats durch reformistische und konterrevolutionäre Sektoren, zum Verlust jeglicher Perspektive und des Willens zur proletarischen Macht. Dies obwohl sich teilweise die proletarische Macht auf den Strassen bereits etabliert hatte. Doch auch weitere Faktoren charakterisierten die Schwächen der Bewegung, wie z. B.

der Verzicht auf die revolutionäre Diktatur des Proletariats¹ und der Glaube, dass die Arbeiter*innenversammlungen und der friedliche Generalstreik (in diesem Punkt waren die ecuadorianischen Syndikalisten*innen offensichtlich keine Sorelianer*innen)² der erste Schritt hin zum Sturz des Kapitalismus seien, um diesen durch die „Arbeiterkontrolle“ der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung durch die Gewerkschaften zu ersetzen, was einer offensichtlichen Tendenz zur Selbstverwaltung des Kapitalismus gleichkommt. Ja, es fehlte ein Programm und eine revolutionäre Perspektive, es fehlte eine revolutionäre Partei. Diese sollte aber nicht als eine formale Organisation mit einer Prinzipien- und Statutenplattform verstanden werden, sondern als eine Ansammlung von Kräften mit einer praktischen und organischen Richtlinie der realen proletarischen Bewegung, die in einem bestimmten Kontext durch verschiedene Organisationen und proletarische Delegierte verkörpert werden kann. Es fehlte auch der Zusammenschluss zwischen dem städtischen und ländlichen Proletariat der anderen Provinzen des Landes - was nicht dasselbe wie ein „Bündnis mit der Bauernschaft“ oder eine „nationale Einheit“ ist - als auch ein praktischer Internationalismus und der Übergang in eine aufständische und bewaffnete Offensive.

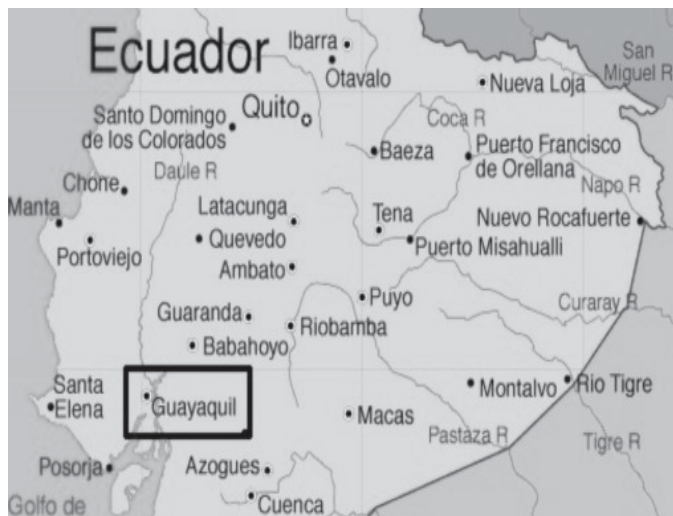
Bürgerliche Ideen siegen

8. Der Sowjet von Guayaquil im November 1922 wurde besiegt, weil er nicht bis zum bitteren Ende seine reale soziale Macht zu verwenden wusste,

¹ Dieser Begriff - der bereits von Marx und Engels verwendet wurde - wird von vielen Leuten zurecht kritisiert. Es sei jedoch erwähnt, dass viele Gruppen mit einem linkskommunistischen Hintergrund damit nicht dasselbe wie Marxist*innen-Leninist*innen meinen. Denn unter „Diktatur des Proletariats“ ist in diesem Kontext die Durchsetzung menschlichen Bedürfnisse gegenüber der strukturellen Macht der Bourgeoisie gemeint, also die Etablierung der klassenlosen Gesellschaft und nicht die Eroberung des Staates im Namen des Proletariats. Auch im weiter unten aufgeführten Begriff „Partei“ wird klar, dass damit etwas anderes als aus marxistisch-leninistischer Perspektive gemeint ist. (Anm. d. Ü.).

² Anhänger*innen von George Sorel. (Anm. d. Ü.).

vor allem aufgrund seiner programmatischen Entwaffnung als Klasse und seiner mangelnden Bereitschaft zur Macht bzw. Übernahme der Macht, was zu seiner ersten und vielleicht wichtigsten Niederlage führte. Denn in der Arbeiter*innenversammlung vom 14. November setzte sich ein bürgerliches Programm durch, was eine politische Niederlage bedeutete, welche einem „Schach“ gleichkam. Am nächsten Tag hingegen wurde der Sowjet endgültig auf den Strassen mit brutaler staatlicher Repression besiegt (die militärische Niederlage kam dem Schachmatt gleich). In der Tat forderte das Streikkomitee am 14. November die Regierung



In der Hafenstadt Guayaquil, einer der grössten Städte Ecuadors, schien sich in den Unruhen Mitte November 1920 eine Räterepublik zu gründen. Sie scheiterte aufgrund der massiven Repression wie auch dem fehlenden Durchsetzungsvermögen. Diese kurze Revolution fand am 15. November in einem massiven Massaker ihr tragisches Ende.

auf, innerhalb von 24 Stunden einer Liste von Forderungen zu erfüllen, die bereits ausserhalb der proletarischen Interessen lagen, und am 15. November antwortete der bürgerlich-oligarchische Staat mit „Bleikugeln, Maschinenpistolen und Gefängnis“. Dennoch kam es zu Versammlungen und Ladenplünderungen. Doch nur ein paar wenige „unkontrollierbare“ und „selbstmörderische“ Proletarier*innen bewaffneten sich und benutzten die Enteignung als Selbstverteidigung.

Klassenkampf von oben

9. Die lokale Bourgeoisie jener Zeit, angeführt von Bankiers, Agroexporteuren und Importeuren, allesamt von

ihren politischen Anwälten*innen unterstützt, die über ein Klassenbewusstsein verfügte und all ihre Macht anwandte, massakrierte am 15. November 1922 die proletarische Bewegung mit dem Repressionsapparat des Staates, weil sie sich vor einem „Aufstand“, vor der „Revolution“, vor der „Diktatur des Proletariats“, vor der „Gründung einer Sowjetrepublik“ und der „Anarchie“ fürchtete. Um die Wörter der politischen und journalistischen Sprecher der lokalen Bourgeoisie der Zeit zu verwenden: „El Telégrafo“, „El Comercio“ und „El Día“, welche ebenfalls zum widerlichen Patriotismus oder Nationalismus gegen die „internationalen bolschewistischen Verschwörer“ und „Peruaner“ aufriefen. Der Punkt ist folgender: Ohne es zu wissen, kämpfte die proletarische Bewegung für all das, was ihr die Presse vorwarf. Die Bourgeoisie hingegen wusste genau, um was es eigentlich ging und zerschmetterte die Bewegung. Traurige Ironie der Geschichte.

Kaum Internationale Vernetzung

10. Die tatsächliche Ursache dieser lokalen Niederlage war internationaler Natur: Schwäche der internationalen revolutionären Arbeiter*innenbewegung

oder, wenn man es begrifflich vorzieht, die Schwäche der „historischen Partei“ und des Weltkommunismus, angesichts des globalen Kapitals/Staats, d. h. wir sprechen von der gleichen Ursache wie für die Niederlage der Revolution in Russland, Deutschland und im südlichen Kegel bzw. auf dem ganzen Planeten. Darüber hinaus war der Arbeiter*innenrat von Guayaquil einer der letzten der Welt, eine herausragende, aber vereinzelt Tatsache zu einer Zeit, in der die historische Welle grosser Kämpfe und proletarischer Revolutionen langsam an Kraft verlor. Der Arbeiter*innenrat in Ecuador trat „verspätet“ auf, weil, im Vergleich

(Fortsetzung auf Seite 14)

zum Rest der Region und der Welt, die Entwicklung des industriellen Kapitalismus und des städtischen Proletariats in Ecuador auch „verspätet“ auftrat, da sich Ecuador noch in einer Subsumptionsphase bzw. unter einer „formalen Herrschaft“ des Kapitals (nach Camatte) befand, was sich im hohen Prozentsatz von proletarischen Handwerker*innen (Schreiner*innen, Bäcker*innen, Friseur*innen, Typograph*innen usw. in der lokalen Arbeiter*innenbewegung jener Zeit spiegelte.

Klare Visionen wären vorhanden gewesen

11. Die fortschrittlichsten Sektoren dieser Bewegung waren zweifellos die anarchistischen Gruppen, besonders die „libertären Kommunisten“ oder die Anarcho-Kommunist*innen (es gab auch Spartakist*innen). Sie waren in der Tat die klarsten und radikalsten Minderheiten jener Zeit, da sie zusammen mit den Forderungen nach konkreten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Klassengeschwister bereits ausdrücklich und offen die Abschaffung des Privateigentums und der kapitalistischen Produktionsform forderten. Zudem verlangten sie die Errichtung einer Gemeinschaft, welche über die Produktionsmittel und über die damit einhergehenden Güter verfügen konnte als auch eine Gesellschaft ohne Klassen und Staat. Der proletarische Internationalismus und direkte Aktionen gehörten zu ihren Kampfmethoden. Anzahl und Inhalt der anarchistischen/kommunistischen Presse („El Proletario“, „El Hambriento“, „El Cacahuero“, „Luz y Acción“, „Alba Roja“, „La Revuelta“, „La Protesta“, „La Bandera Roja“, „Tribuna Obrera“) spiegeln die radikalen Perspektiven der Bewegung, die klare Parallelen zur internationalen revolutionären Arbeiter*innenbewegung jener Zeit aufwies. In der Praxis trugen die anarchistischen Netzwerke mehr als ein Jahrzehnt lang mit ihrer Agitation und Propaganda, sowohl bei Sitzungen und Versammlungen als auch bei Kundgebungen und Streiks, zur Bewusstseinsbildung, Organisation und Klassenunabhängigkeit des aufstrebenden städtischen Proletariats

Ecuadors bei. Außerdem trugen sie zur Konstitution des „ecuadorianischen“ Proletariats als Klasse bei, d. h. zur Konstitution des Proletariats in ein Subjekt mit realer und autonomer Stärke, so dass es sogar zur Errichtung des „ersten Arbeitszentrums für revolutionäre Orientierung“ kam - der FTRE- und dann zum Sowjet oder Arbeiter*innenrat von Guayaquil - unter dem Namen „Grosse Arbeiterversammlung“ - in den Monaten Oktober und November 1922.

Durchsetzungskraft fehlte

Aber leider hatten die revolutionären Minderheiten in diesen Tagen des Kampfes nicht genug Kraft, um sich als wirkliche revolutionäre Richtung innerhalb der Arbeiter*innenbewegung durchzusetzen und bis zu den letzten Konsequenzen den Klassenkampf weiterzuführen. Denn wie die GCI (Gruppe Internationaler Kommunisten) festhält, müssen die revolutionären Minderheiten dafür kämpfen, um den revolutionären Inhalt bzw. das revolutionäre historische Programm auf undemokratische Art und Weise innerhalb der scheinbar revolutionären Organisationsformen des Proletariats durchzusetzen, d. h. auch um das revolutionäre Programm gegenüber sozialdemokratischen oder bürgerlichen Kräfte durchzusetzen. Im Falle Guayaquil haben sie es nicht getan, oder sie haben es nicht mit dem nötigen Willen und der nötigen Stärke getan. Die radikalen Minderheiten wurden besiegt und sogar vernichtet das ist wahr. Aber sie existierten und kämpften für die soziale Revolution des Proletariats, für den Kommunismus und die Anarchie. Einige überlebten sogar das staatliche Massaker vom 15. November und konnten so über die Geschehnisse berichten und blieben bis in die 1930er Jahre aktiv. Für uns ist dies genauso wichtig wie der Sowjet von Guayaquil, denn bis jetzt gab es in diesem Land keine wirklich revolutionären oder radikalen Minderheiten, abgesehen von der Gruppe „Revolutionäre Proletarier“ von 2009 bis 2016.

Mehr Identitätsstiftend als (selbst-)kritisch

12. Die Forschungen und Publikationen dieses Kampfes des Proletariats in Ecu-

ador (Pedro Saad, Oswaldo Albornoz, Manuel Agustín Aguirre, Patricio Ycaza, Alexei Paez, Carlos Pazmiño), enthalten zum Teil einige wertvolle und respektable Einsichten. Sie sind dennoch nicht ausreichend, sowie voreingenommen und begrenzt. Die beste Arbeit bisher ist unserer Ansicht nach die von Patricio Ycaza³. Er sammelte und vertiefte wichtige Aspekte vor allem im Hinblick auf die Einschätzung des „revolutionären Sozialisten“ Aguirre⁴. Nach Ycazas Arbeit ist die von Pazmiño⁵ die Erwähnenswerteste. Er war ein ideologischer Anarchist und ist jetzt „Yaczianer“. Der Verdienst beider Arbeiten besteht darin, dass sie eine Aktenuntersuchung der damaligen Dokumente vorantrieben und dadurch wichtige Informationen über die historischen Fakten lieferten. Die eher negativen Seiten werden durch ihre ideologische Interpretation der Ereignisse bestimmt: Ycaza war mirista (marxist-leninist-trotzkigewarist, obwohl er später zur PSE wechselte, sprich zur Sozialistischen Partei Ecuadors), Pazmiño hingegen ist ein „anarcho-kommunistischer Plattformist“, der sich jetzt angeblich als akademischer „anarcho-marxist“ bezeichnet und die Correa-Regierung⁶ „kritisch“ unterstützte (...ohne Kommentar). Was den Sowjet von Guayaquil angeht erwähnen beide die anarchosyndikalistische Avantgarde: Ycaza kritisiert die „unbestreitbaren Limitierungen“, während Pazmiño eine Apologie der Geschehnisse betreibt und von „Ehre und Ruhm“ spricht. Wir verstehen bis zu einem gewissen Punkt beide Positionen, dennoch sind sie kritisierbar, ungenügend und, was die Einschätzung Pazmiños angeht, sogar unnötig. Denn abgesehen vom Reformismus und dem historischen Opportunismus der traditionellen Linken des Kapitals (Sozialistische Partei Ecuadors und Kommunistische Partei Ecuadors) geht es nicht

³ Im Werk: *Historia del movimiento obrero ecuatoriano* (1984, vor allem Kapitel 2) und in anderen Artikeln, wie z. B., *La lucha de clases en el Ecuador: las jornadas de noviembre de 1922* (198?). Quito: Cuadernos del Obrero Revolucionario nr. 6.

⁴ Vgl. Manuel Agustín Aguirre (1979). *La Masacre del 15 de Noviembre y sus Enseñanzas*. Quito: Editorial Universitaria.

⁵ Carlos Pazmiño (2009). *El 15 de Noviembre de 1922 y el papel de los anarquistas en el seno de la clase obrera ecuatoriana*. Zu finden unter: <https://www.anarkismo.net/articulo/14992>.

⁶ Rafael Correa war von 2007-2017 Präsident Ecuadors.

um eine ideologische (quasi-religiöse) Einschätzung der Geschehnisse oder um eine nostalgische und identitätsstiftende Auseinandersetzung mit diesem historischen Kampf des Proletariats, in der die Rolle und Ideologie der Akteur*innen überschätzt wird und sie zu „Helden und Märtyrern“ emporgehoben werden. Vielmehr geht es darum – wie wir eingangs schon erwähnten – eine materialistisch-kritische Balance aus einer revolutionären und internationalistischen Klassenperspektive zu formulieren, aus der praktische und theoretische Schlüsse für die proletarischen Kämpfe der Gegenwart und der Zukunft gezogen werden können. Dadurch können wir wissen, was zu tun und was nicht zu tun ist und weshalb. Dadurch können wir der Zerstörung der demokratischen Diktatur des Kapitals ein Stück näher kommen, um den anarchistischen Kommunismus zu etablieren.

Wo sind die revolutionären Einschätzungen dieser Tage?

13. In diesem Sinne ist die beste Einschätzung diejenige der revolutionären Anarchist*innen selbst, die Protagonist*innen des Sowjets waren und das staatliche Massaker überlebten, wie der Genosse Alejo Capelo⁷: „Am 15. November 1922 fand die Bluttaufe des ecuadorianischen Proletariats statt, die Klassen trennten sich voneinander ab und das Proletariat lernte, welche Todesfeinde ihm ewig gegenüberstehen werden. Dadurch wurde der Hass auf die Bourgeoisie, der Kampf gegen den Kapitalismus und für die soziale Revolution sowie die Notwendigkeit der proletarischen Gewalt deutlich“. Es wäre allerdings wichtig gewesen, hätten die Genoss*innen eine selbstkritische Einschätzung formuliert, wie sie die Freund*innen von Durruti während der sogenannten Spanischen Revolution (1936-1937) taten: Anarchosyndikalist*innen, die am eigenen Leib zu Recht erkannten, dass die

„Revolution ganzheitlich oder nicht“ sein wird, und deshalb brauche es ein „Programm, Gewehre und eine revolutionäre Junta“. Aber leider haben die Anarchosyndikalist*innen Guayaquil das nicht gemacht. Jahrzehnte später haben die linken Historiker*innen der ecuadorianischen Arbeiter*innenbewegung dies ebenfalls nicht getan; besser gesagt, sie lieferten interessante Daten und Analysen (vor allem Aguirre und Ycaza), aber sie formulierten keine wirklich revolutionäre Einschätzung.

In den letzten Jahren, ungefähr im Jahr 2009, haben die angeblichen neuen „libertären Kommunisten“ oder „Anarcho-Kommunisten“ dieses Landes („Hijos



*Aufnahme eines Aufmarschs der Arbeiter*innen in Guayaquil am 15. November 1922. Gleichentags wurde der Aufstand gewaltsam beendet.*

del Pueblo“, die Gruppe Pazmiños) ebenfalls keine kritische Einschätzung formuliert. Sie recherchierten und wiedergaben zwar sehr interessante Fragmente der anarchistischen Presse der damaligen Zeit, doch sprachen sie nicht über den Sowjet von Guayaquil als solchen. Wahrscheinlich, weil für sie das der ideologischen Sünde namens „Rätekommunismus“ gleichgekommen wäre. Vielmehr fokussierten sie sich bloß auf „die Rolle der anarchistischen Helden und Märtyrer“. Andererseits erwähnte Carlos Lasso Cave in seinem Artikel⁸

von 2013, die Existenz einer „Doppelherrschaft“, doch bezieht er sich weder auf den Sowjet noch auf die anarchistischen Proletarier*innen Guayaquils, sondern konzentriert sich lediglich auf das Massaker des 15. Novembers und bleibt somit in einer linken Interpretation gefangen, die einige gültige Schlüsse aus der Abwägung Aguirres aufnimmt, aber sie mit trotzkistischen, luxemburgistischen, als auch mit Einschätzungen der Internationalen Kommunistischen Strömung vermischt: Unappetitlicher Eklektizismus. Schliesslich hat auch die Gruppe „Proletarische Revolutionäre“ keine Abwägung der Kämpfe im Sinne des „Linkskommunismus“ formuliert,

abgesehen von einer kurzen aber präzisen Einschätzung auf einem Flugblatt vor drei Jahren⁹, als auch anderen Flyern, in welchen sie immer darüber sprachen, dass die Ereignisse des Novembers 1922 Bestandteil des historischen Gedächtnisses des lokalen und globalen Proletariats werden müssten. Später entstand die Idee eines militanten Forschungsprojekts, das angesichts der Selbstauflösung der Gruppe im Jahr 2016, nie zustande kam.

Hoffentlich dient die gegenwärtige Einschätzung, trotz ihrer Kürze, als kleiner Beitrag, um diese historische Lücke zu füllen und als „Grundgerüst“ einer vollständigen, rigorosen und tiefgründigen Einschätzung unsererseits.

Salud, Comunismo y Anarquía!

Proletarios Revolucionarios

Übersetzung: M. Lautréamont

⁷ Alejo Capelo (1973). *Una jornada sangrienta (15 de noviembre de 1922)*. Guayaquil: Departamento de Publicaciones de la Universidad de Guayaquil.

⁸ Carlos Lasso Cueva (2013, enero 7). *Masacre del 15 XI de 1922*. Zugänglich unter: <https://clavedelpoeta.wordpress.com/2013/01/07/masacre-del-15-xi-de-1922/>

⁹ Vgl. Proletarios Revolucionarios (2014). *15 de Noviembre: ¡Guerra de Clases, Guerra de Memorias!* Erhältlich unter: http://proletariosrevolucionarios.blogspot.com/2014/11/ecuador-15-de-noviembre-guerra-de_14.html Ein Flugblatt das Wochen später von der Gruppe Tridni Valka (Tschechien) übersetzt wurde: “November 15: Class War, Memory War!”: <https://www.autistici.org/tridnivalka/ecuador-november-15-class-war-memory-war/>, und auch unter [libcom](http://libcom.org) publiziert wurde.

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter*innen denjenigen des Kapitalist*innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär*innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Arbeitsrecht Covid-19

Momentan ist einiges noch nicht ganz klar oder noch im Wandel, was das Arbeitsrecht angeht.

Es ist nun also umso wichtiger, sich gewerkschaftlich zu organisieren, denn: Wo Ungerechtigkeit nicht per Gesetz verboten ist, benötigt es die Kraft vereinter und organisierter Arbeiter*innen.

Nimm bei Fragen Kontakt zu uns auf!

Du kannst die Arbeit verweigern, wenn deine Gesundheit gefährdet ist.

Wenn du auf deiner Arbeit nicht genügend geschützt bist und um deine Gesundheit oder die deiner Nächsten fürchtest, schreib deine*m Arbeitgeber*in einen Brief in dem du auflistest, inwiefern deine Sicherheit gefährdet ist. Schreib auch, dass du bereit bist wieder zu arbeiten, wenn entsprechende Massnahmen getroffen wurden.

Darf der Betrieb Fiebermessungen anordnen?

Ja. Dein*e Arbeitgeber*in ist verpflichtet, deine Gesundheit zu schützen. Dazu kann gehören, dass beim Betriebseingang die Temperatur gemessen wird. Wenn du dann allerdings nach Hause geschickt wirst, musst du deinen Lohn weiter bekommen. Denn entweder wirst du vorsorglich nach Hause geschickt und kriegst den vollen Lohn oder du bist krank und hast Anspruch auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Muss ich beim Homeoffice Überstunden abbauen?

Nein, die Kompensation von Überstunden setzt dein Einverständnis voraus. Das Gesetz geht davon aus, dass die Firmen weniger Überstunden anordnen, wenn sie 25% Zuschlag auf deinen Lohn bezahlen müssen.

Welche Beträge werden mir bei Kurzarbeit abgezogen?

Dein*e Arbeitgeber*in muss die vollen im Vertrag festgehaltenen Abzüge und gesetzlich verlangten Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, als ob du normal arbeiten würdest.

Wenn nichts anderes vereinbart ist, darf sie*er dir den vollen Arbeiter*innenanteil von deinem reduzierten (Kurzarbeits-) Lohn abziehen.

Mir wurde gekündigt. Wie sieht es da mit Kurzarbeit aus?

Gekündigte Personen können nicht zu Kurzarbeit angemeldet werden. Bis Ende der in deinem Vertrag festgehaltenen Kündigungsfrist muss dir der volle Lohn bezahlt werden.

Du kannst aber auch zur vollen Arbeitszeit verpflichtet werden – natürlich unter Einhaltung aller Schutzmassnahmen für deine Gesundheit.

Kann ich gezwungen werden, Ferien zu nehmen?

Nein, Ferien dürfen nicht kurzfristig angeordnet werden, auch nicht in Krisenzeiten. Respektive nur dann, wenn es nicht mehr anders geht. Der Betrieb muss zuerst versuchen eine Kurzarbeitsbewilligung zu erhalten. Erst dann können Ferien angeordnet werden.

weitere Infos findest du auf:

<https://faubern.ch/index.php/Corona-Pandemie.html>



Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 200
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch